

Deutscher Bundestag Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Herrn Rechtsanwalt Dr. Ingve Björn Stjerna, LL.M.

Berlin, 1. Februar 2018 Geschäftszeichen: PA 6 – 1300-4 19 A Anlagen: 1

Sekretariat PA 6

bearbeitet von:
Regierungsdirektor
Patrick Wegner, LL.M.
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227Fax: +49 30 227rechtsausschuss@bundestag.de

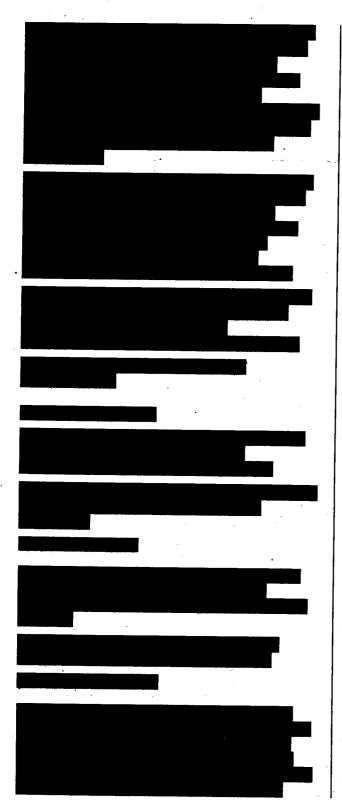
Dienstgebäude: Paul-Löbe-Haus Konrad-Adenauer-Straße 1 10557 Berlin Protokoll zu Tagesordnungspunkt 5 der 107. Sitzung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz der 18. Wahlperiode

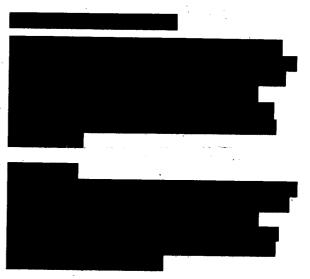
Sehr geehrter Herr Dr. Stjerna,

Sie haben um Übersendung einer Kopie des Protokolls zu Tagesordnungspunkt 5 der 107. Sitzung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz der 18. Wahlperiode gebeten. Die Obleute des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz der 19. Wahlperiode haben in ihrer gestrigen Sitzung der Übersendung zugestimmt. Eine Kopie ist beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen im Auftrag

Patrick Wegner





Tagesordnungspunkt 5

Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung zu folgenden Vorlagen:

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 19. Februar 2013 über ein Einheitliches Patentgericht

BT-Drucksache 18/8826

b) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung patentrechtlicher Vorschriften auf Grund der europäischen Patentreform

BT-Drucksache 18/8827

Die Vorsitzende erläutert, dass die Obleute empföhlen, die Beschlussfassung über die Durchführung einer Anhörung zu diesen Vorlagen von der Tagesordnung zu nehmen. Nach dem Referendum im Vereinigten Königreich müsse die weitere Entwicklung abgewartet und überlegt werden, wie mit den Vorlagen weiter zu verfahren sei.

zu a) und b)

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz beschließt einvernehmlich, die Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung zu den Vorlagen von der Tagesordnung abzusetzen.